Nushası 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

İlânat

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş.
2. » » 75 »
3. » » 50 »
4. » » 30 »

İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Turkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland · 1 Monat 1 75 T Pfd 3 Monate 4.75 T Pfd. 6 Monate 8 50 T Pfd., 12 Monate 15 - T. Pfd Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 · R.-Mark, 6 Monate 25 · R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch
(INLANDSPREISE)

Geschaftsleitung:
Tekke - Strasse Nr 585-587
Drahtanschr · Turkpost
Fernspr Pera 209 u 210
Postfach Galata 209

5. Jahrgang Nr. 100 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Freitag, 11. April 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

Reichstag meclisi mali layihanın 2inci kıraatine başlamıştır.

Deniz konferansında üç devlet muahedesi temin edilmiştir.

Der Reichstag begann mit der 2. Lesung der Finanzvorlage.

Auf der Flottenkonferenz wurde das Drei-Mächte-Abkommen gesichert.

Vom Tage.

Wie die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland klar gezeigt haben, liegt die Entscheidung darüber, ob die neue Regierung ohne Reichstagsauflösung und Verordnungsgesetz weiterarbeiten kann, bei den Deutschnationalen. Der Eintritt Schieles in die Regierung hat in Zusammenhang mit den Notaktionen für die Landwirtschaft und den bedrohten deutschen Osten den Schwerpunkt der Entscheidungen innerhalb der deutschnationalen Volkspartei mit einer erstaunlichen Plötzlichkeit aus der Hugenberggruppe herausgelöst. Die deutschnationale Volkspartei ist nicht nur für den einmaligen Vorgang der Abstimmung über das Mißtrauensvotum ein stiller Koalitionspartner geworden, nachdem sich die Sozialdemokratie vorläufig der Mitarbeit versagt hat. Die Durchführung des Sanierungsprogramms zusammen mit dem Parlament ist nur dann möglich, wenn die Deutschnationalen weiterhin Gefolgschaft leisten. Durch eine Reichstagsauflösung und Ausschreibung von Neuwahlen unter entsprechender Regierungsformulierung würden die Deutschnationalen in die gefährliche Lage manövriert werden, gegen ein Agrarprogramm und ein Osthilfeprogramm, das den Namensstempel Schiele trägt, in den Kampf ziehen zu müssen. Das würde in den agrarischen Gebieten, auf die sich die Partei vorwiegend stützt, einen völligen Zusammenbruch bedeuten. Unmerklich fast und wider den Willen einer Führung, die keine Voraussicht in die kommende Entwicklung besaß, ist die deutschnationale Partei aus ihrer starren Oppositionsstellung herausgedrückt. Das enge Bündnis mit den Nationalsozialisten hat dieser Partei die Rolle der radikalen Oppositionsstellung zugeschoben und hat sich auf Kosten der deutschnationalen Partei sehr gestärkt. Soweit sich die stimmungsmäßige Entwicklung im Lande feststellen läßt, hat die nationalsozialistische Partei außerordentlich stark an Anhang gewonnen. Sie hat ihre Verstärkung allerdings durchaus nicht vorwiegend aus Rechtskreisen geholt, sondern beginnt, wie aus Mitteldeutschland und Westdeutschland gemeldet wird, auch den Sozialisten und Kommunisten sehr unbequem zu werden. Die schroffe Absage, die den Deutschnationalen nach ihrer Abstimmung für das Brüning-Kabinett von der Hitlerpartei geworden ist, werden die Deutschnationalen noch mehr als bisher in die Linie einer Unterstützung der Regierungsforderungen gedrängt. Der Versuch, die Gruppen des Volkbegehrens gegen den Youngplan als einen Kampfblock zusammenzuhalten, wurde seinerzeit durch die Absage des Landbundes zum Scheitern gebracht. Der Austritt der Nationalsozialisten aus diesem Kampfausschuß isoliert die Deutschnationalen mit dem Stahlhelm in einer politisch kaum noch ins Gewicht fallenden Gruppierung. Es ist auf längere Sicht hin anzunehmen, daß die agrarischen Bestandteile der deutschnationalen Volkspartei dem Zuge ihres Herzens folgend zu der volkskonservativen Gruppe stoßen werden, an die sich, wenn auch nicht der äußeren Form nach, der Landbundführer Schiele schon angeschlossen hat. Die alldeutsche Gruppe um Hugenberg würde in diesem Fall ziemlich isoliert werden, da sie sich als ausgesprochene wirtschaftlich - kapitalistische Gruppe unmöglich der dann allein ernsthaft als radikale Opposition von rechts zu bewertenden nationalsozialistischen Partei zugesellen könnte. Die Aussichten der gegenwärtigen Regierung für eine Bewältigung des Sanierungsprogramms sind daher gar nicht so schlecht. Diese formal „schwache" Regierung ohne gebundene Mehrheit im Parlament ist für die Arbeit und für politisches Handeln wahrscheinlich stärker als die bisherige parlamentarisch so „starke" aber durch innere Gegensätze im Handeln schwächliche große Koalition.

Karar-Name Nr. 2.
Nachtrag zur Devisenhandels-Ordnung.

Ankara, 10. April (A.A.)

Das Karar-Name Nr. 2 des Finanzministeriums, inhaltlich ein Nachtrag zum Karar-Name Nr. 1, der Devisenhandelsordnung vom 28. Februar, enthält die folgenden Bestimmungen:

1. Die Banken werden zur Ausleihung von Devisen an Exporteure und die letzteren dazu ermächtigt, die geliehenen Devisen als solche an die Banken zurückzuzahlen.

2. Die Exporteure können bei ihren Termin-Verkäufen befristete Devisen-Verkäufe an die Banken vornehmen.

3. Mit Ausnahme der Bestimmungen über die Aus- und Einfuhr von Wertpapieren nach dem Auslande, die weiter bestehen bleiben, werden die übrigen Bestimmungen über Wertpapiere des Karar-Name Nr. 1 aufgehoben.

4. An Orten, an denen es keine Börse gibt, dürfen die Banken untereinander direkt Devisen umsetzen.

5. Die Banken können dazu ermächtigt werden, aus dem Ausland eingehende Zahlungsaufträge bis zu einer gewissen Grenze in türkischer Währung auszuführen.

Die Kammer.

Ankara, 10. April (A.A.)

Die Grosse Nationalversammlung tagte heute unter dem Vorsitz ihres Vizepräsidenten Refet Bej. Der Antrag, die Beamten der staatlichen Monopole in juristischer Beziehung ebenso wie die übrigen Staatsbeamten zu behandeln, wurde widerspruchslos angenommen. Desgleichen wurde eine Umschreibung von 222.000 t. Pfd. im Budget des Finanzjahres 1929-30 genehmigt.

Dementi.

Ankara, 10. April (A.A.)

Die Meldungen griechischer Zeitungen, wonach die bulgarischen Grenzposten eine Bande türkischer Komitadschi über die griechische Grenze getrieben haben sollen, werden nachdrücklich dementiert.

Um die griechische Antwort.

Athen, 10. April (A.A.)

Auf Veranlassung der Regierung wird hier morgen der auswärtige Ausschuß der Kammer zur Beratung der letzten türkischen Vorschläge zum türkisch-griechischen Abkommen zusammentreten.

Der türkische Chefdelegierte in der Austauschkommission Tewfik Kiamil Bej ist aus der Hauptstadt wieder hier eingetroffen. Den ihn am Bahnhof in Haidar Pascha erwartenden Vertretern der Presse erklärte er, daß er über den Stand der türkisch - griechischen Angelegenheit im Augenblick keine weiteren Mitteilungen machen könne. Indessen müsse er die Ansicht, als ob die türkische Regierung die Urheberin der neuerlichen Komplikation sei, entschieden zurückweisen.

Glückwünsche des Gasi zur griechischen Unabhängigkeitsfeier.

Aus Athen wird gemeldet, daß der dortige türkische Gesandte Enis Bej dem Staatspräsidenten anläßlich der Jahrhundertfeier der griechischen Unabhängigkeit die Glückwünsche des türkischen Staatspräsidenten überbrachte. Die griechische Presse hat diesen Schritt der Türkei mit großer Freude begrüßt.

Noch ein Redakteur des „Jarin" verhaftet.

Der zweite Redakteur der Zeitung „Jarin" Schemseddin Ertogrul Bej, wurde gestern durch den Untersuchungsrichter Nasim Bej einem Verhör unterzogen, nach dessen Abschluß Schemseddin Bej ebenfalls in Haft genommen wurde. Ueber den Gegenstand des Verhörs wird weiter nichts mitgeteilt, es heißt nur, daß gegen den Verhafteten Klage wegen Beleidigung der Regierung erhoben werden soll.

Der Haftentlassungsantrag des Herausgebers der „Jarin", Arif Orudsch Bej, ist von der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden.

Gestriger Schluss-Kurs: 1 Reichsmark = 51.— Piaster.

Von der Flottenkonferenz.

Das Drei Mächte — Abkommen gesichert!

London, 10. April.

Auf der Flottenkonferenz ist im Laufe der heutigen Besprechungen unter den englischen, den amerikanischen und den japanischen Delegierten das Drei-Mächte-Abkommen endgültig gesichert worden. Am Abend fanden noch einige ergänzende Besprechungen über den letzten Punkt der japanischen Vorbehalte statt, die ebenfalls befriedigend verliefen.

Die amerikanische Delegation hat einen letzten Versuch unternommen, in letzter Stunde doch noch zu einem Fünf-Mächte-Abkommen zu gelangen. Staatssekretär Stimson stattete mittags Briand einen Besuch ab und überreichte ihm einen neuen amerikanischen Kompromiss-Vorschlag, in Bezug auf dessen Erfolgsaussichten die Amerikaner sich optimistisch zeigen.

London, 10. April (A.A.)

Der morgige Tag wird voraussichtlich für das Resultat der Flottenkonferenz von überragender Bedeutung sein. Grandi ist wieder hergestellt und wird voraussichtlich an den morgigen Beratungen teilnehmen. Heute wurden die Besprechungen über die Möglichkeit eines Abkommens aller 5 Mächte fortgesetzt, aber die Dinge scheinen nicht vorangekommen zu sein. Die italienische Delegation soll ein Fünfmächteabkommen für aussichtslos halten und eine Vertagung der Konferenz für das Beste halten.

Italien zeigt sich bereit, bis 1936 keine neuen Schlachtschiffe zu bauen, will sich aber bezüglich der kleinen Kreuzer der Hilfsschiffe und U-Boote an das französische Bauprogramm halten. Die französische Delegation will jedoch hierauf nicht eingehen und verlangt, daß Frankreich mindestens 240.000t Kriegsschiffe mehr besitzen muß als Italien. Die Konferenz befindet sich also immer noch in der gleichen Sackgasse.

Paris, 10. April (A.A.)

Der „Matin" schreibt, daß Briand in einigen Tagen ein Rundschreiben an die europäischen Mächte senden wird, in welchem dieselben über die Möglichkeiten einer politischen und wirtschaftlichen „Föderation" interpelliert werden sollen. Die Zeitung spricht die Hoffnung aus, daß sich in Genf trotz der Londoner Vorkommnisse doch eine italienisch-französische Verständigung bewirken lassen werde.

Haidar Rifat Bej zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor den Stambuler Gerichten fand gestern ein interessanter Beleidigungsprozeß seinen Abschluß, der seit 4 Monaten schwebte und von dem die öffentlichkeit trotzdem bisher nicht das Geringste erfahren hat. Es handelt sich um einen Beleidigungsprozeß, den der Untersuchungsrichter Nasim Bej, der bekanntlich die Untersuchung in der Korruptionsaffäre der früheren Inhaber des Pulvermonopols durchführt, gegen denselben Rechtanwalt Haidar Rifat Bej angestrengt hat, über dessen Angriffe auf den Justizminister wir gestern berichteten. Der ganze Prozeß ist ebenso wie die gestrige Schlußverhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt worden. Lediglich das Urteil wird bekanntgegeben: Haidar Rifat Bej wird nach § 266 StG wegen Beleidigung Nasim Bejs zu 3 Monaten Gefängnis und 100 t. Pfd. Geldstrafe verurteilt. Außerdem soll er Nasim Bej eine Entschädigung von 250 t. Pfd. bezahlen.

Heute Frauendemonstration.

Heute vormittag 9 Uhr soll auf dem Platze Sultan Ahmet der Demonstrationszug der türkischen Frauen gebildet werden, der nach den Absichten der Frauenvereinigung einen Marsch durch die ganze Stadt zum Denkmal am Taximplatz antreten soll. Der Abmarsch von Sultan Ahmet soll um 9.30 Uhr erfolgen.

Die „Iswestija" zu den türkischen Finanzproblemen.

Moskau, 10. April (A.A.)

„Iswestija" schreiben:

Die Gläubigerstaaten der Türkei haben einen Druck auf die türkische Regierung auszuüben versucht, um die finanzielle Unabhängigkeit derselben zu zerstören. Sie suchen dabei von der infolge von zwei Mißernten eingetretenen Wirtschaftskrise und den aus den radikalen Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete, die die Türkei erfahren hat, eingetretenen Reibungen Nutzen zu ziehen. Ein Teil der von Finanzgruppen abhängigen bürgerlichen Presse hat damit begonnen. Gerüchte über eine Regierungskrise in der Türkei und über den baldigen Rücktritt Ismet Paschas in Umlauf zu setzen. Diese Propaganda hat sich auf den internationalen Geldmärkten in einer Baisse der türkischen Werte ausgewirkt. Damit wird lediglich beabsichtigt, eine finanzielle Krise in der Türkei zu schaffen und die türkische Regierung dazu zu zwingen, sich den europäischen Banken auszuliefern. Den Imperialisten ist es aber nicht gelungen, die Türkei von neuem zu einer Kolonie des europäischen Kapitals zu machen. Ihre Hoffnung, die türkische Regierung zum Verzicht auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewegen, ist ebenso vergeblich gewesen.

Deutscher Reichstag.

Die Finanzvorlage der Regierung.

Berlin, 10. April.

Der Reichstag hat heute mit der 2. Lesung der Steuer- und Zollvorlagen der Reichsregierung begonnen. Die Sitzung dauerte von 3 bis 3.0 und dann wieder von 5.30 bis 7.30 Uhr, um schliesslich auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt zu werden.

Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärte, dass die dem Reichstage jetzt vorliegenden Vorlagen nur einen Teil des grossen Reichsfinanzprogramms darstellten, durch das mit dem Zweck einer Entlastung der Wirtschaft die Umwandlung eines grossen Teiles der direkten Steuern in indirekte Abgaben durchgeführt werden solle. Der Haushalt für 1930 liege gegenwärtig im Reichsrate vor; er sei so sparsam aufgestellt, dass auf weitere Streichungen nicht gerechnet werden könne. Unter den Regierungsparteien sei inzwischen ein Kompromiss über die Steuervorlagen erzielt worden: danach solle die Biersteuer statt um 75 nur um 50 Prozent erhöht werden (Konzession an die Bayerische Volkspartei), während die Umsatzsteuer erhöht werden würde durch besondere Erhöhungen für besonders grosse Umsätze (Konzession an die Wirtschaftspartei). Dieses Kompromiss sei von der Reichsregierung anerkannt worden. An ein Reichsnotopfer in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer werde dagegen nicht gedacht, denn eine solche zusätzliche Einkommensteuer würde in geradem Gegensatz zu der Absicht der Regierung stehen, die direkten Steuern weiter abzubauen.

Von deutschnationaler Seite wurden zahlreiche Abänderungsanträge zu der Steuervorlage eingebracht. Im Namen der Sozialdemokraten wandte sich Keil sehr entschieden gegen die Regierungsvorlage und den Plan einer erhöhten Umsatzsteuer auf die grossen Umsätze, wodurch gerade die am rentabelsten arbeitenden Betriebe getroffen würden. Die S. P. D. brachte einen Antrag auf ein Reichsnotopfer ein, das in der Form eines 10 prozentigen Steuerzuschlages auf alle Einkommen von mehr als 8.000 Mark erhoben werden solle.

Deutsche Kriegergräber.

Wie bereits gemeldet, sind aus Samsun von dem dortigen deutschen Kriegerfriedhof die Reste von 28 Soldaten zwecks Umbettung hierher überführt worden, weil die Instandhaltung und Pflege der Gräber in Samsun nicht mehr möglich ist. Die Beisetzung auf dem Ehrenfriedhof in Skutari findet am Freitag, den 11. April, um 15.30 Uhr statt. Um möglichst rege Beteiligung der deutschen Kolonie wird gebeten.

Dampfergelegenheit: 14.30 Uhr ab Brücke Karaköj nach Haidar-Pascha.

Die Festspiele zur Jahrhundertfeier im Athener Stadion.

(Von unserem Berichterstatter.)

Athen, 8. April

Helle, fröhliche Sonne am griechischen Himmel! Schon vor Mittag durchzieht die Stadt ein geheimnisvolles Gemurmel. Wie Lava dringt der Menschenstrom durch die Straßen, aus allen Häusern quillt es hervor, alle Tore öffnen sich und der Strom wird immer dichter und dichter, verdickt sich zur Menschenmasse. Tausende von Autos suchen sich einen Weg nach dem Stadion zu bahnen, vor dem die Polizei und Militär den Absperrungsdienst übernommen haben; sie rechnen mit dem gewöhnlichen Besucherstrom, wie er alljährlich zum Trachtenfest des Lykeion ton Ellenidon (Mädchen-Lyceum) fließt. Aber der Strom wurde zum reissenden Hochwasser, er durchriß die gestellten Seile und Barrieren, überrannte die Ordnungsmannschaften und schaffte sich gewaltsam Luft, drang unaufhaltsam vor und nahm das Stadion im Sturm. Da half kein Zureden, keine Drohungen, es blieb nur eins übrig: Geschehenlassen! So füllte sich das Athener Stadion, das in seinem vieltausendjährigem Bestehen wohl noch niemals solche Menschenmenge faßte, bis auf den letzten Platz: statt 60.000 Menschen drangen gegen 120.000 ein und noch groß an Tausenden war die Zahl derer, die, mit ihren Karten in der Hand, vor dem Stadion ungeduldig und schimpfend aushalten mußten. Der Präsident der Republik, der Ministerpräsident, die fremden Gesandten wurden alle hart bedrängt; nur mit Mühe konnten sie das Stadion erreichen und fanden hier vom Volke längst ihre Plätze beschlagnahmt. Auf dem Archontensessel, der dem Staatspräsidenten eingeräumt wird, saß eine Frau, die aus einer Ohnmacht in die andere fiel. Die Plätze waren nicht wieder frei zu bekommen, das Publikum gab seine Eroberungen nicht wieder preis; Präsident und Ministerrat, Gesandte und offizielle Persönlichkeiten, mußten einfach stehend im Stadion bleiben.

Und nun zogen sie ein, die Heroen, wie die Helden in Griechenland genannt werden, die vor hundert und mehr Jahren ein freies Griechenland schufen. Zunächst erscheint der Dichter Righas Pherräos, der mit seinen enthusiastischen Freiheitsliedern die Begeisterung entfachte. Dann reitet der alte, stolze und halsstarrige Kolokotroni mit seinem goldenen Helme ein, dann Prinz Alexander Ypsilanti und alle die anderen Freiheitshelden in ihren charakteristischen, malerischen Uniformen zogen vorüber. Darunter auch viele Amazonen, denn die griechische Weiblichkeit beteiligte sich in hervorragender Weise an dem Freiheitskampfe; die „seetüchtige" Bubulina von der Insel Spetsä, Photi Tzawella, in deren Busen ein kriegerisches Herz schlägt, die das Gewehr achselt und am blutigen Ringen teilnimmt; die Zahl dieser Frauen ist nicht gering, die dem Tode mutig ins Auge schauten und unbeschreiblicher Jubel begrüßt die die Heldinnen darstellenden Damen, die teils hoch zu Roß, teils zu Fuß in ihren Nationaltrachten reichen Beifall fanden.

Auch der zweite Sohn Ghandis verhaftet!

Delhi, 10. April (A.A.)

In Bhimrad ist jetzt auch der zweite Sohn Ghandis verhaftet worden. Außer ihm sind auch zahlreiche andere Anhänger Ghandis wieder ins Gefängnis geworfen worden. Ghandi hat die indischen Frauen in einem Aufruf aufgefordert, sich an der von ihm eingeleiteten Bewegung zu beteiligen.

Wieder Aufstand in Brasilien?

Buenos Aires, 10. April

Die hiesige Zeitung „Nacion" meldet den Ausbruch einer neuen Aufstandsbewegung im nördlichen Teil des brasilianischen Staates Parahyba.

Der neue japanische Botschafter.

Stambul, 10. April (A.A.)

Der bei der türkischen Regierung neu akkreditierte japanische Botschafter Joschida wird am 18. April mit dem Dampfer „Stella d'Italia" hier eintreffen.

Das System Pilsudski.

Die Aussichten des Kabinetts Slawek.

Von Dr. Kurt Brencken.

Fast gleichzeitig mit Deutschland hat auch Polen seine Regierungskrise erlebt, die an dramatischen Zwischenfällen zwar nicht so reich wie frühere war, aber dennoch die Oeffentlichkeit in starkem Masse bewegt hat. Die neue Oberstenregierung tritt mit dem durch militärische Machtmittel wirkungsvoll betonten Anspruch auf eine feste, energische Leitung aller Staatsgeschäfte hervor, um endlich die überaus verworrene innenpolitische Lage in eindeutiger Weise zu klären. Rein äusserlich betrachtet, hat sich nicht allzu viel geändert. Pazimierz Bartel wurde durch den Pilsudski unbedingt ergebenen Oberst Slawek ersetzt, im übrigen ist die Regierung im Grunde genommen die gleiche geblieben, nachdem die vor nicht langer Zeit vom Sejm zum Rücktritt gezwungenen Minister Prystor und Car durch ein Machtwort Pilsudskis wieder in ihre Aemter eingesetzt worden waren.

Der aus Sozialisten, Nationalradikalen und kleinen Splitterparteien zusammengesetzten Opposition bedeutet das Kabinett Slawek naturgemäss eine gewaltsame Herausforderung aller demokratisch gesinnten Teile der polnischen Bevölkerung, eine erneute Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Volk und der mit diktatorischen Rechten ausgestatteten Oberstenregierung, wie sie ja früher bereits das Kabinett Switalski verkörpert hatte. Slawek ist gemäss einer Kritik des sozialistischen „Robotnik" ein erbitterter Feind der Demokraten, des Sozialismus und des Sejms sowie der getreueste Vollstrekker der Befehle des Marschalls Pilsudski. Auch er ist wie Pilsudski in den Augen der polnischen Sozialisten, aus deren Reihen er hervorging, ein Abtrünniger, der mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

Neue Exponenten des Systems Pilsudski schicken sich also wiederum an, das polnische Staatsschiff durch das Gewirr inner- wie aussenpolitischer Fährnisse hindurch zu lotsen. Ob sie stärker sein werden als ihre Vorgänger, die, im Ministerium Switalski zusammengekoppelt, als ausgesprochenes Kampfkabinett gegen den Sejm gebildet im Dezember vorigen Jahres dennoch seinem parlamentarischen Misstrauensvotum erlagen? Von der „Aera Bartel" erwartete dann die Oeffentlichkeit Wunderdinge innenpolitischer Befriedung und die Verankerung des demokratisch - parlamentarischen Systems im Lande, doch erwies sich Bartel in der Praxis nicht als der starke Mann, um das in ihn gesetzte Vertrauen der hinter ihm stehenden Volkskreise durch entsprechende Handlungen zu rechtfertigen. Auch das Kabinett Bartel entging nicht dem Schicksal des vorherigen. Es hagelte Misstrauensvota, wenn auch nicht in korpore, so doch gegen einzelne Mitglieder dieses Kabinetts. Der damalige Kultusminister Zerwinski war den Konservativen zu liberal, der Arbeitsminister Prystor als Repräsentant der Offiziersklique den Sozialisten zu konservativ. Was also blieb Bartel in seiner Eigenschaft als Chef des von ihm geleiteten Kabinetts noch übrig, als in offener Feldschlacht die Entscheidung über Sein oder Nichtsein dieses Kabinetts zu suchen. Er hielt seine diktatorisch gefärbte Leichenrede im Sejm, das Kabinett blieb bei der Gesamtabstimmung in der Minderzahl und demissionierte daraufhin bekanntlich. Dass Staatspräsident Moscicki durch Berufung so unbedeutender Pilsudski-Anhänger, wie es Jan Pilsudski, der Bruder des Marschalls, und der Augenarzt Szymanski sind, keinen wesentlichen Umschwung der innerpolitischen Verhältnisse herbeiführen konnte, war vorauszusehen. Immer stürmischer verlangte die Opposition die vollständige Beseitigung des „Pilsudski-Systems" sowie die Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände im Innern. Als es dann im Sejm bei der Annahme oder Ablehnung der von der Regierung eingebrachten Finanzgesetze zu heftigen Streitigkei-